

Robert L. Barry

Das Ende der Bombardierung: die OSZE nach der Kosovo-Krise

Die jüngste Krise im Kosovo kommt in ihren Auswirkungen einem gewaltigen Erdbeben im Herzen Südosteuropas gleich. Sowohl der NATO-Lufteinsatz als auch die jugoslawische Militäroffensive gegen die Kosovo-Albaner haben zu tiefgreifenden Umwälzungen in der politischen und sozialen Landschaft der Region geführt, deren Schockwellen noch lange Zeit in der Region nachhallen werden. Die Scherben aufzusammeln, wenn die Erde zu beben aufgehört hat, wird viele Jahre in Anspruch nehmen und koordinierte, konsequente und anhaltende internationale Anstrengungen erfordern. Noch bevor der Staub sich legt, ist es daher zwingend geboten, daß wir anfangen darüber nachzudenken, wie die soziale und politische Infrastruktur nicht nur des Kosovo, sondern der gesamten Region, deren integraler Bestandteil das Kosovo ist, wiederhergestellt werden kann. Das Ziel der Staatengemeinschaft sollte nicht nur der Wiederaufbau des Kosovo sein - obwohl er natürlich Priorität hat -, sondern die Stabilisierung ganz Südosteuropas. Im vorliegenden Beitrag möchte ich der Frage nachgehen, welche Rolle die OSZE in diesem Prozeß spielen soll. Ich meine, daß es wirklich an der Zeit ist, daß die OSZE eine stärkere regionale Rolle in diesem tief aufgewühlten Winkel Europas übernimmt.

Macht man sich Gedanken über die internationale Reaktion auf die Situation im Kosovo nach dem Konflikt und darüber, welche Rolle die OSZE dabei übernehmen soll, so ist es wichtig, Lehren aus den Erfahrungen zu ziehen, die die Staatengemeinschaft in den vergangenen Jahren in Bosnien und Herzegowina gemacht hat. Obwohl sich die Konflikte in Bosnien und im Kosovo deutlich voneinander unterscheiden, kann man doch eine Menge aus den Erfahrungen in Bosnien lernen, und zwar nicht nur hinsichtlich der Frage, was nun im Kosovo geschehen soll, sondern auch im Hinblick darauf, wie wir uns der gesamten Region gegenüber verhalten sollen.

Die Notwendigkeit eines regionalen Denkansatzes

Zu den wichtigsten Dingen, die wir in Bosnien und Herzegowina gelernt haben, gehört zunächst die Erkenntnis, daß für die Bewältigung der Herausforderungen beim Aufbau von Frieden und Stabilität ein Ansatz notwendig ist, der die gesamte Region einbezieht. Alle Teile Südosteuropas sind durch Geschichte, Politik, Kultur und Geographie eng und unabänderlich mit-

einander verbunden, und man kommt um die Erkenntnis nicht herum, daß Ereignisse in einem Teil der Region unweigerlich Auswirkungen auf andere Teile haben. Im Laufe der vergangenen Jahre haben wir gelernt, daß Bosnien und Herzegowina nicht gegen die Folgen politischer Ereignisse jenseits seiner Grenzen abgeschirmt werden kann und daß Ereignisse in Nachbarstaaten oftmals einen ebenso großen Einfluß auf den Friedensprozeß haben wie Ereignisse in Bosnien und Herzegowina selbst. Bosnien und Herzegowina ist in vielfacher Hinsicht ein Opfer seiner Nachbarn, und das trifft mit Sicherheit nicht weniger auf das Kosovo zu.

In Südosteuropa hängen Frieden und Stabilität in einem Staat - vielleicht mehr als in jeder anderen Region der Erde - von Frieden und Stabilität in allen Staaten ab. Das gilt es bei Fragen wie z.B. der Mobilisierung und Koordination internationaler Wiederaufbaubemühungen zu beachten, denn es hat keinen Sinn, alle unsere Mittel auf einen Teil der Region zu konzentrieren, nur um zuzuschauen, wie Konflikte in irgend einem anderen vernachlässigten Winkel wieder aufflammen. Das gilt ebenso für die Herausforderung, den Trend zur weiteren ethnischen Teilung in der Region rückgängig zu machen. Von der Rückkehr der Flüchtlinge und Vertriebenen über die Herausforderung, Versöhnung und Toleranz zwischen den Völkern zu fördern, bis hin zum Schutz der Minderheitenrechte ist dies eine Aufgabe, die gleichzeitige, koordinierte und fortgesetzte Anstrengungen an vielen Fronten erfordert. Kurz gesagt: Nach der Kosovo-Krise wird die Aufgabe politischer Stabilisierung, wirtschaftlichen Wiederaufbaus, der Wiederansiedlung der Flüchtlinge und des Aufbaus demokratischer Institutionen gigantisch sein. Und wir können nur dann hoffen, diese Herausforderungen zu bewältigen, wenn wir ihnen mit einer regionalen Perspektive begegnen.

Wir müssen daher aufhören, in der Größenordnung begrenzter Missionen in einzelnen Staaten zu denken, und statt dessen damit beginnen, koordiniert an die unzähligen miteinander zusammenhängenden und sich überschneidenden Probleme in der Region als Ganzes heranzugehen. Diese Denkweise liegt auch der jüngsten Initiative der Europäischen Union für einen Stabilitätspakt für Südosteuropa zugrunde. Ausdrückliche Ziele des im Juni 1999 in Köln unterzeichneten Stabilitätspaktes sind der Abbau von Spannungen, die Förderung von Demokratie und Achtung der Menschenrechte, die Pflege friedlicher Beziehungen sowie die Schaffung dynamischer Marktwirtschaften in ganz Südosteuropa durch ein umfassendes und in sich schlüssiges Vorgehen gegenüber der Region. Zwar werden sich die meisten der großen in Europa tätigen internationalen Organisationen an der Umsetzung des Paktes beteiligen; die OSZE wird jedoch dabei eine führende Rolle übernehmen und der Stabilitätspakt vermutlich damit zum Kernelement des OSZE-Mandats werden.

Koordinierung von Befehlsgewalt und Kontrolle

Eine weitere wichtige Lehre, die aus dem Prozeß der Implementierung des Dayton-Abkommens in Bosnien und Herzegowina gezogen werden muß, lautet: Die Staatengemeinschaft muß mit einer einzigen Stimme sprechen, wenn es um Fragen der Implementierung geht. Nun da sich der Beginn des Friedensprozesses im Kosovo abzeichnet und wir einen umfassenderen Ansatz für den gesamten Balkan ins Auge fassen, müssen wir zuallererst daran denken, eine klare Befehlskette und integrierte Entscheidungsstrukturen zu errichten. Die Staatengemeinschaft kann sich die Dissonanz sich widersprechender oder gar rivalisierender Stimmen nicht erlauben. Die Bemühungen der Staatengemeinschaft müssen vielmehr von einer einzigen gemeinsamen Vision und klaren Kompetenzlinien geleitet sein. Dies gilt für die Arbeit einzelner Organisationen vor Ort genauso wie für die höchsten politischen Führungsebenen.

Das Vorhandensein einer einzigen, koordinierten Befehlskette, die für die Leitung der internationalen Wiederaufbaumühungen nicht nur in Bosnien und Herzegowina und im Kosovo, sondern in ganz Südosteuropa verantwortlich ist, würde es uns auch ermöglichen, langfristige Planungen effektiver auszuführen. Die Erfahrungen in Bosnien und Herzegowina haben uns gelehrt, daß der Wiederaufbau einer Gesellschaft nach einem Konflikt nicht eine Sache von Monaten, sondern von Jahren ist, und daß die Beschäftigung mit Rückzugsstrategien und Kurzzeit-Mandaten den Friedens- und Wiederaufbauprozess eher untergräbt als befördert. Bis vor kurzem haben beispielsweise in Bosnien und Herzegowina bedrohlich näher rückende Termine für den Abzug oder die Reduzierung der internationalen Präsenz die Hoffnungen nationalistischer Hardliner geschürt, sie könnten eines Tages, wenn Bosnien und Herzegowina nicht mehr im Mittelpunkt des internationalen Interesses steht, ihre unterschiedlichen nationalistischen Agenden wieder aufnehmen, wenn sie nur den Abzug der internationalen Gemeinschaft einfach abwarteten. Erst jetzt, da sie erkennen, daß die internationale Präsenz in Bosnien und Herzegowina so lange bleibt, bis ein Frieden erreicht ist, der ohne äußere Hilfe tragfähig ist, beginnen nationalistische Extremisten zu verstehen, daß die vollständige Implementierung der Friedensvereinbarungen von Dayton der einzige Weg in die Zukunft ist.

Die Rolle der OSZE in Südosteuropa

Unter all den internationalen Organisationen, die zur Zeit in Südosteuropa aktiv sind, ist in vieler Hinsicht allein die OSZE geeignet, eine größere Rolle bei der Koordinierung der internationalen Bemühungen um Frieden

und Wiederaufbau in der gesamten Region zu spielen. Die OSZE ist in allen Ländern der Region präsent und verfügt dort über erhebliche institutionelle Erfahrung. Unsere Mitarbeiter vor Ort sind unser entscheidender Vorzug bei der Übernahme einer bedeutenderen Rolle beim Aufbau von Institutionen im Rahmen des Stabilitätspakts, der wir nun entgegensehen. Der Daseinszweck der OSZE war zudem von Beginn an Frieden und Sicherheit in Europa, und mit 55 Teilnehmerstaaten gehören der OSZE alle wichtigen Akteure in der Region an: die Vereinigten Staaten, Kanada, die Europäische Union, die Russische Föderation und die Staaten Mittel- und Osteuropas. Letztere sind besonders wichtig, da sie nicht nur Balkanrainer sind, sondern auch auf ihre eigenen jüngsten Erfahrungen zurückgreifen können, wenn es darum geht, ihren Nachbarn bei dem schwierigen Übergang zu Demokratie und Marktwirtschaft zu helfen.

Nun da in Jugoslawien keine Bomben mehr fallen, rückt die Frage nach der Beschaffenheit der internationalen Präsenz im Kosovo in den Mittelpunkt. Zwar wird die Gesamtverantwortung für die Überwachung des Friedensprozesses bei den Vereinten Nationen liegen, die OSZE wird jedoch in diesen Bemühungen eine Hauptrolle spielen müssen, insbesondere beim Institutionenaufbau. Die Schaffung funktionsfähiger Regierungseinrichtungen wird für die Erfüllung der übergeordneten Aufgabe, die Stabilität im Kosovo wiederherzustellen, entscheidend sein. Die Herausforderungen im Kosovo sind in vieler Hinsicht sogar noch beängstigender als diejenigen, mit denen wir seit einigen Jahren in Bosnien und Herzegowina konfrontiert sind.

Nun da die OSZE sich anschickt, ihre neuen Aufgaben - sowohl im Kosovo als auch im Rahmen des Stabilitätspaktes - wahrzunehmen, müssen ihre Kapazitäten für einen effizienten regionalen Einsatz verstärkt werden. Dank ihrer gut ausgebauten Präsenz vor Ort ist die OSZE bereits in einer guten Position, um Initiativen zur regionalen Zusammenarbeit zu fördern und dem Koordinator des Stabilitätspaktes dabei Hilfestellung zu leisten, die Programme umzusetzen, die im Zuge der Weiterentwicklung des Stabilitätspaktes erstellt werden. Jedoch müssen die regionalen Kapazitäten der OSZE durch die verstärkte Zusammenarbeit zwischen den fünf OSZE-Missionen vor Ort sowie zwischen den über 3.000 nationalen und internationalen Mitarbeitern dieser Missionen erweitert werden. Darüber hinaus müssen die Verbindungen zwischen den Missionen vor Ort und den zentralen Institutionen der OSZE - deren jeweiliger Akzent auf militärischer Sicherheit, Wahrung der Menschenrechte und Aufbau von Institutionen, Medien, Wirtschaft und nationalen Minderheiten liegt - entsprechend ausgebaut werden. Gleichzeitig benötigt der Amtierende Vorsitzende der OSZE einen regionalen Stellvertreter für Südosteuropa, der sowohl als Ansprechpartner für Fragen zum Stabilitätspakt als auch als Verbindungsperson zum Koordinator des Stabilitätspaktes fungiert.

Im Vorfeld des OSZE-Gipfels in Istanbul im November dieses Jahres hat mich der derzeitige Amtierende Vorsitzende der Organisation, der norwegische Außenminister Knut Vollebæk, mit der Weiterentwicklung der regionalen Dimension der Arbeit der OSZE beauftragt. Zu meinen Aufgaben als Sonderbeauftragter des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für Südosteuropa wird die Erarbeitung einer Studie über die zukünftige Rolle der OSZE in der Region bei der Umsetzung des Stabilitätspaktes gehören. Ich habe die Hoffnung, daß diese Studie dabei helfen wird, neue Wege zu finden, wie die OSZE ihr Engagement in der Region besser koordinieren und bestmöglich zur Implementierung des Stabilitätspaktes beitragen kann.

Der Aufbau von Institutionen

Im nachhinein kann man zu dem Schluß kommen, daß zu Beginn des Engagements der Staatengemeinschaft in Bosnien und Herzegowina nach Dayton der Organisation von Wahlen auf Kosten einer durchdachten und nachhaltigen Strategie zum Aufbau von Institutionen zuviel Bedeutung beigemessen wurde. Zu jener Zeit waren die OSZE und die internationale Gemeinschaft insgesamt an den Zeitplan von Dayton gebunden, der festlegte, daß spätestens neun Monate nach Unterzeichnung des Friedensabkommens Wahlen abgehalten werden mußten. Die Wahlen fanden auch planmäßig statt und waren so frei und fair, wie es unter den gegebenen Umständen möglich war. Es hatte jedoch auch erhebliche Nachteile, so kurz nach dem Ende der Feindseligkeiten Wahlen abzuhalten. Besonders wichtig ist in diesem Zusammenhang, daß im September 1996, also zum Zeitpunkt der Wahlen, die Rückkehr der Flüchtlinge und Vertriebenen gerade erst eingesetzt hatte, die Freizügigkeit noch äußerst eingeschränkt war und die politischen Oppositionsparteien gerade erst begonnen hatten, sich zu organisieren. Allgemeiner ausgedrückt: Der institutionelle Rahmen, der in westlichen Demokratien oft genug für selbstverständlich gehalten wird, fehlte in Bosnien und Herzegowina zur Zeit der Wahlen von 1996 weitgehend. Unter diesen Bedingungen erwies sich die Erwartung, daß die Wahlen einen frühen Rückzug der internationalen Präsenz in Bosnien und Herzegowina und die vollständige Übergabe der politischen Verantwortung an die neugewählten Politiker des Landes gestatten würden, als übertrieben optimistisch.

Da die Staatengemeinschaft derzeit eine weitere Mission auf dem Balkan zum Friedensaufbau nach einem Konflikt startet, diesmal im Kosovo, sollte man sich die jüngsten Erfahrungen in Bosnien und Herzegowina vor Augen halten. Das Kosovo wird sehr viel deutlicher ein internationales Protektorat sein, etwas, was Bosnien und Herzegowina niemals gewesen ist, und dies wird die Vereinten Nationen in die Lage versetzen, bereits vor der Abhaltung von Wahlen funktionsfähige Institutionen zu schaffen.

Im Kosovo gehören dazu die Förderung freier und unabhängiger Medien, Unterstützung bei der Entstehung starker und dynamischer politischer Parteien, das Beharren auf Rechtsstaatlichkeit und Hilfe bei der Schaffung einer effektiven und unparteiischen Justiz, der Aufbau eines professionell arbeitenden und politisch neutralen öffentlichen Dienstes sowie die Förderung der Elemente einer wiedererstehenden Zivilgesellschaft.

Während der Status des Kosovo als internationales Protektorat genügend Zeit läßt, den endgültigen politischen Status des Gebiets und die dazu notwendigen Schritte zu klären, muß auf breiterer regionaler Ebene unverzüglich damit begonnen werden, über die zukünftigen Beziehungen des Kosovo zu den anderen politischen Einheiten in der Region nachzudenken. Diese Aufgabe ist kompliziert und heikel und erfordert eine überlegte Planung und geschicktes Vorgehen. Gerade auf diesem Gebiet kann die OSZE im Rahmen des Stabilitätspakts eine führende Rolle übernehmen. Dazu würde nicht nur die Hilfestellung beim Entwurf der politischen Architektur für ein geeintes Südosteuropa gehören. Es würde auch bedeuten, daß sie allen Verantwortlichen klar machen muß, daß die Staaten der Region sich nur bei verstärkter regionaler Zusammenarbeit Hoffnungen machen können, letztendlich in größere europäische politische und wirtschaftliche Strukturen integriert zu werden.

Wirtschaftliche Entwicklung

Das Wissen um den entscheidenden Zusammenhang zwischen Wirtschaft auf der einen und Frieden und Stabilität auf der anderen Seite ist Teil des dauerhaften Bekenntnisses der OSZE zu einem umfassenden Verständnis von Sicherheit. Die Schaffung anhaltenden Wirtschaftswachstums, der Wiederaufbau der grundlegenden wirtschaftlichen Infrastruktur sowie die Wiederherstellung von Handels- und Geschäftsbeziehungen gehören zu den entscheidenden Elementen jeder Strategie für den Friedensaufbau. Bleiben Anstrengungen in diesen Bereichen hinter diejenigen in anderen zurück, können leicht erneut Spannungen zwischen oder in Staaten auftreten.

In Südosteuropa stellt sich die ökonomische Herausforderung in zweifacher Hinsicht. Die Staatengemeinschaft steht nicht nur vor der enormen Aufgabe, durch Kriege zerrissenen Ländern wie Bosnien und Herzegowina dabei zu helfen, ihre vom Krieg vernichtete Wirtschaft wiederzubeleben, sondern sie sieht sich darüber hinaus der Herausforderung gegenüber, diesen Staaten auch beim schwierigen Übergang zur Marktwirtschaft Hilfestellung zu leisten. Mit der jüngsten Krise im Kosovo ist diese zweifache Herausforderung durch die großflächigen Zerstörungen und Schäden im Kosovo, aber auch in der gesamten Bundesrepublik Jugoslawien, sogar noch komplizierter geworden.

Es ist offenkundig, daß die wirtschaftliche Dimension des Wiederaufbaus nach einem Konflikt nicht von der politischen Dimension getrennt werden kann. Das zeigt sich am deutlichsten in der Weigerung der Staatengemeinschaft, wirtschaftliche Wiederaufbauhilfe an Serbien zu leisten, solange ein unter Anklage stehender Kriegsverbrecher an der Macht ist. Es zeigt sich auch im Fall der ostbosnischen Stadt Srebrenica. Dort wurden nun, nachdem die Ergebnisse der Kommunalwahlen von 1997 in der Gemeindeverwaltung von Srebrenica auch umgesetzt wurden, internationale Wiederaufbaufonds freigegeben, die zuvor lange Zeit durch die Unnachgiebigkeit politisch Verantwortlicher vor Ort blockiert waren. Obwohl Wirtschaft natürlich nicht von Politik zu trennen ist und der ökonomische Hebel oftmals erfolgreich für politische Ziele angesetzt werden kann, muß langfristig die Errichtung tragfähiger wirtschaftlicher Strukturen ins Auge gefaßt werden, auf denen der zukünftige Wohlstand der gesamten Region aufbauen kann.

Wie auch in anderen Dimensionen muß das Engagement der Staatengemeinschaft beim Wiederaufbau der Volkswirtschaften in Südosteuropa sowohl langfristig angelegt sein als auch die gesamte Region einbeziehen. Humanitäre Hilfe und finanzielle Mittel für den Wiederaufbau sind zwar zu Beginn des internationalen Einsatzes lebenswichtig, müssen aber von einer langfristigen Strategie zur Kapitalbildung und wirtschaftlichen Entwicklung begleitet werden, die auf die Errichtung lebensfähiger und sich selbst tragender Marktwirtschaften abzielt. Wie der Friedensimplementierungsrat auf seinen Madrider Treffen im Dezember 1998 feststellte, ist es beispielsweise in Bosnien und Herzegowina für die lokalen politisch Verantwortlichen nunmehr an der Zeit, sich darauf zu konzentrieren, das Land von Hilfen aus dem Ausland unabhängiger zu machen und es stärker in die Lage zu versetzen, die Wirtschaft so zu führen, daß Arbeitsplätze geschaffen werden und der Lebensstandard der Bevölkerung steigt. Die Repräsentanten der Staatengemeinschaft tragen auch in dieser Hinsicht Verantwortung und müssen insbesondere gewährleisten, daß humanitäre Hilfe und finanzielle Mittel für den Wiederaufbau keine Abhängigkeiten schaffen, sondern vielmehr den Gesellschaften schrittweise die Kraft zurückgeben, ihre Angelegenheiten selber zu regeln, ohne auf internationale Hilfe angewiesen zu sein. Dies wiederum muß von der Erkenntnis begleitet sein, daß eine derartige Transformation nicht über Nacht geschieht, sondern anhaltender und koordinierter Unterstützung durch internationale Organisationen und Geberinstitutionen bedarf.

Gleichzeitig bedeutet der Aufbau funktionsfähiger, Wohlstand erzeugender Marktwirtschaften auch, daß Hemmnisse für den transnationalen Handel und Investitionshindernisse in Südosteuropa beseitigt werden müssen. Dort, wo die Politik Handelsbarrieren errichtet hat, müssen wir daran arbeiten,

diese Barrieren abzubauen. Dabei müssen wir Südosteuropa als einen einheitlichen Wirtschaftsraum verstehen. Wirtschaftliches Wachstum in der Region hängt in der Tat davon ab, daß wirtschaftliche Verbindungen sowohl innerhalb von Staaten als auch über ihre Grenzen hinweg wiederhergestellt werden. Letztendlich muß die Aufnahme der gesamten Region in die Wirtschaftsstrukturen der Europäischen Union im Auge behalten werden. Die Wiederherstellung von Wirtschaftsbeziehungen kann darüber hinaus auch der Versöhnung dienen: Verbindungen sowohl zwischen einzelnen Menschen als auch zwischen Staaten, die zum beiderseitigen Vorteil sind, können dazu beitragen, Angst, Feindseligkeit und Mißtrauen, die sich in den Konflikten des vergangenen Jahrzehnts aufgestaut haben, zu verringern.

Betrachtet man den wirtschaftlichen Wiederaufbau und die wirtschaftlichen Entwicklungen aus der Perspektive der Gesamtregion, so ist die Bundesrepublik Jugoslawien natürlich von zentraler Bedeutung für das Gelingen eines solchen Projekts. Die Wiederherstellung wirtschaftlicher Normalität und anhaltendes Wirtschaftswachstum bleiben unerreichbar, solange Jugoslawien international geächtet ist. Vieles hängt daher von den Aussichten auf politische Reformen und einen Regimewechsel in Jugoslawien selbst in der Zeit nach der Kosovo-Krise ab. Wenn die Jugoslawen sich der Politik der nationalistischen Ideologie der Abschottung widersetzen und konkrete Schritte in Richtung demokratischer Transformation und Konsolidierung unternehmen, dann steigen die Aussichten auf wirtschaftlichen Fortschritt nicht nur in Jugoslawien, sondern in der gesamten Region sprunghaft an.

Die militärische Dimension

Obwohl die Krise im Kosovo einerseits die Aufgabe, Frieden und Stabilität in Südosteuropa wiederherzustellen, komplizierter gemacht hat, schafft sie andererseits auch eine Reihe von Möglichkeiten zur Wiederaufnahme von Beziehungen in der Region. Dies gilt insbesondere auf dem Gebiet militärischer Stabilisierung. Anhang 1-B der Friedensübereinkommen von Dayton bietet einen Rahmen für die Wiederherstellung militärischer Stabilität nicht nur in den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien, sondern auch auf dem gesamten Balkan. Der Anhang hat verifizierbare Obergrenzen für die Waffenbestände der Streitkräfte sowohl für Bosnien und Herzegowina als auch für Kroatien und die Bundesrepublik Jugoslawien festgesetzt. Er hat darüber hinaus eine Reihe regionaler vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen eingeführt, die den Abbau von Spannungen und die Herstellung von Vertrauen zwischen den Streitkräften in der Region zum Ziel haben, und sieht ein künftiges regionales Rüstungskontrollabkommen vor, das ein militärisches Gleichgewicht im ehemaligen Jugoslawien und um es

herum herstellen soll. Dreieinhalb Jahre nach Dayton hat dieser Prozeß, der weitgehend unter der Ägide des Büros für regionale Stabilisierung der OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina verläuft, bereits beachtliche Erfolge vorzuweisen. Es war jedoch absehbar, daß die Kosovo-Krise und die Luftschläge der NATO gegen Jugoslawien Fortschritte in Richtung auf eine militärische Stabilisierung der Region zeitweise zum Stillstand bringen würden.

Nun da die Luftschläge beendet und die militärischen Fähigkeiten Jugoslawiens erheblich beschnitten sind, eröffnen sich neue Möglichkeiten, in der Region ein stabiles militärisches Gleichgewicht herzustellen, den Gesamtumfang an Rüstung zu reduzieren und die militärische Sicherheit zu erhöhen. Die massive Präsenz der NATO im Kosovo, die voraussichtlich auch einige Jahre dort verbleiben wird, ist ein bedeutender Stabilisierungsfaktor, der Fortschritte in Richtung auf die obengenannten Ziele erleichtern wird. Der Versuch, die jugoslawischen Streitkräfte zu kontrollieren und mit ihnen in einer Zeit zurecht zu kommen, die sich vermutlich als eine Phase erheblicher politischer Instabilität in Jugoslawien erweisen wird, wird dabei eine der heikelsten Aufgaben überhaupt sein. Ebenso muß die Befreiungsarmee für das Kosovo (UCK) unter Kontrolle gebracht und ihre Entwaffnung gemäß den Kosovo-Friedensvereinbarungen sichergestellt werden. Zu den Aufgaben sollte auch gehören, über das Territorium der Bundesrepublik Jugoslawien hinausgehend, alle Staaten der Region an einen Tisch zu bringen, damit sie gemeinsam ein Abkommen über regionale Rüstungskontrolle ausarbeiten. Dieses Abkommen, das bereits in Artikel V des Anhangs 1-B der Friedensvereinbarungen von Dayton vorgesehen war, sollte jeden Staat in Südosteuropa einbeziehen und die Herstellung eines stabilen militärischen Gleichgewichts durch Rüstungskontrolle sowie vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen zum Ziel haben.

Zusätzlich zu den Bestimmungen der Dayton-Vereinbarungen wird jedoch die Veränderung des regionalen militärischen Gleichgewichts in der Folge der Kosovo-Krise wichtige Möglichkeiten eröffnen, das Rüstungsniveau in der gesamten Region zu senken. Wir sollten diese Möglichkeiten in vollem Umfang nutzen, um neue Grenzen für die Beschaffung von Rüstungsgütern festzulegen und um beispielsweise sicherzustellen, daß von der zukünftigen Wiederaufbauhilfe für die Bundesrepublik Jugoslawien keine Gelder in die Wiederaufrüstung der jugoslawischen Armee umgeleitet werden. Wirtschaftshilfe sollte durch geeignete Maßnahmen auch enger an Transparenz in den Rüstungshaushalten und die Begrenzung der Militärausgaben gekoppelt werden und damit an die wichtigen Fortschritte anknüpfen, die in dieser Richtung auf den Madrider Treffen des Friedensimplementierungsrates erzielt wurden. Ähnlich könnte man mit Blick auf die Auflösung von

Sonderpolizeinheiten und paramilitärischen Verbänden in der Region vorgehen.

Grundsätzlicher muß sich die Staatengemeinschaft Gedanken darüber machen, auf welche Weise die veränderte politische Landschaft in der Region sich für erneute Bemühungen zur Implementierung vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen anbietet. Ziel sollte es letztendlich sein, Bedingungen dafür zu schaffen, daß militärische Gewalt als Mittel zur Lösung von Konflikten in der Region ausgeschlossen werden kann. In der Zwischenzeit jedoch können Fortschritte auf diesem Weg in Form von Initiativen erzielt werden, die dazu beitragen, die Möglichkeit einer großangelegten Mobilmachung aller Streitkräfte in der Region zu reduzieren oder auszuschließen. Noch einmal: Der kürzlich unterzeichnete Stabilitätspakt und insbesondere der dort vorgesehene "Arbeitstisch" zu Sicherheitsfragen können sowohl an der Reduzierung militärischer Spannungen als auch an der Förderung der militärischen Abrüstung in ganz Südosteuropa entscheidend mitwirken.

Schlußfolgerung

Nachdem die akute Krise im Kosovo vorüber ist, steht die Staatengemeinschaft nun vor der langwierigen und beschwerlichen Aufgabe, sicherzustellen, daß alle Flüchtlinge und Vertriebenen in ihre Heimat zurückkehren können, die politische, wirtschaftliche und soziale Infrastruktur der zerstörten Provinz wiederaufzubauen und das Fundament für ein friedliches Kosovo im weiteren Umfeld eines stabilen Südosteuropa zu legen. Unsere Aufgabe, das Kosovo wiederaufzubauen, muß schließlich zum Ziel haben, daß diese jüngste Kosovo-Krise als ein Wendepunkt in der Geschichte der Region in Erinnerung bleibt, der das Ende einer Epoche der Instabilität und Unsicherheit und den Beginn einer Ära des Friedens und des wirtschaftlichen Aufschwungs markiert. Es ist ein ehrgeiziges Ziel, aber es liegt nicht außerhalb unserer Möglichkeiten. Es erfordert jedoch Zeit und die Selbstverpflichtung der Staatengemeinschaft, den Herausforderungen, die der Aufbau von Frieden und Stabilität in diesem Teil der Welt mit sich bringt, koordiniert und mit einem Konzept, das die gesamte Region einschließt, zu begegnen.

Im Rahmen des kürzlich unterzeichneten Stabilitätspaktes für Südosteuropa wird die OSZE weiterhin eine Schlüsselrolle in der Region spielen. Sie ist bestens darauf eingestellt, bei der Wiederherstellung von Sicherheit und Stabilität in diesem unruhigen Winkel Europas eine Führungsrolle zu übernehmen. Bei der Erfüllung dieser Aufgabe sollte die OSZE sich auf ihre Erfahrung und ihre Sachkenntnis besinnen, die sie durch ihre Missionen vor Ort in der gesamten Region erworben hat. Auch sollte sie sich selbst zur engen

Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen verpflichtet, in der Erkenntnis, daß nur ein koordiniertes internationales Vorgehen Hoffnung auf Erfolg bei unseren gemeinsamen Zielen verspricht. Die Zeit nach den gegenwärtigen Umwälzungen im Kosovo wird viele Gelegenheiten dazu bieten, die Region in einem solideren und stabileren Fundament zu verankern. Wir müssen dafür Sorge tragen, daß diese Gelegenheiten nicht verpaßt werden.